

Rot-rot in Berlin – Bilanz und Ausblick
1. September, 19.30 Uhr,
Nachbarschaftshaus Am Berl,
mit Carola Bluhm (DIE LINKE)
und Michael Müller (SPD)



Foto: Büro Löttsch

Ab in die Ferien

Am 16. August ist es soweit: Zehn Lichtenberger Kinder aus Familien mit geringem Einkommen fahren für zwei Wochen in die Ferien. Die wunderschöne Seenlandschaft bei Brückentín/Neustrelitz erwartet sie.

Gesine Löttsch hat dieses Ferienerlebnis ermöglicht. Sie spendete ihre gesamte Diätenerhöhung in Höhe von 1800 Euro und legte nochmals 300 Euro drauf, damit sieben Kinder Erholung und Spaß finden. Obendrein erreichte sie mit ihrem Spendenaufruf, dass zwei Unternehmen weitere drei Ferienplätze finanzierten. Zusammengekommen sind so 3000 Euro sowie ein Ferienset mit vielen nützlichen Dingen, darunter Sonnencreme, Federtasche und Briefpapier – gestiftet vom „Kaufhof“ im Linden-Center.

Das Ferienlager-Sponsoring von Gesine Löttsch hat Tradition. Dank ihrer Unterstützung führen bereits in den letzten Jahren Kinder in ein Sommer-Ferienlager – und das wird auch in Zukunft so sein. Denn leider können immer weniger Eltern mit ihren Kindern gemeinsam in den Urlaub fahren oder einen Ferienplatz bezahlen. ALG II oder Minilohn lassen das nicht zu.

Eine vor kurzem veröffentlichte Erhebung der Berliner Sparkasse belegt: Die Reinicken-

dorfer geben im Durchschnitt um die 1000 Euro pro Person für eine Sommerreise aus, die Lichtenberger veranschlagen nur 400 Euro für den Urlaub.

Viele aber können auch diese 400 Euro nicht aufbringen, und so bleiben ganz normale Kinderwünsche nach schönen Sommerferien oft unerfüllt. Gesine Löttsch weiß das aus vielen Gesprächen mit den Betroffenen: „Für Ferienfahrten sieht das Sozialgesetzbuch (SGB II) keine Unterstützung vor.“ Das möchte die Abgeordnete ändern.

Übrigens: Wer dieses Jahr zu Hause bleibt, muss trotzdem nicht leer ausgehen. Gesine Löttsch hat zehn Super-Ferienpässe und fünf Schüler-Tickets verlost, mit denen man kostenlose und vergünstigte Angebote in Anspruch nehmen bzw. kreuz und quer durch Berlin und Brandenburg fahren kann. Dieses Angebot wurde dankbar angenommen

Norman Wolf

● **Foto:** Gesine Löttsch überreicht im Linden-Center einen 3000-Euro-Ferienscheck an Lichtenberger Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Center-Chefin Angela Schulze (rechts), Henry Schulz vom „Kinder an die Macht“ e. V. (Mitte) sowie die Mitarbeiter des „Kaufhofs“ freuen sich mit den Kindern.

Rentenkampagne

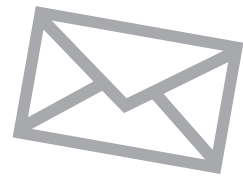
Von Dieter Görtsdorf

Sie war überfällig – die Rentenkampagne der LINKEN. Denn die Rentenhöhe in Deutschland wurde inzwischen auf das niedrigste Niveau der OECD-Länder gesenkt. Selbst bei lebenslanger Beitragszahlung kann diese gesetzliche Rente Armut im Alter nicht mehr wirksam verhindern. In Berlin fand am 5. Juli eine Auftaktkonferenz zur Rentenkampagne statt. Einge-laden hatte der Berliner Landesverband der LINKEN in das Haus der IG Metall. Rentenexperten und interessierte Laien aus den Bezirksverbänden bekamen von kundigen Mitarbeitern der Bundestagsfraktion eine Fülle von Informationen, Argumenten und Anregungen. Auch „info links“ wird sich solchen Fragen zuwenden wie:

- Kann die Rente von morgen und übermorgen noch einen angemessenen Lebensstandard garantieren oder ist Altersarmut vorprogrammiert?
- Zwingen demografische Entwicklung und „Lohnnebenkosten“ zu neuen Schritten für eine angemessene Altersrente?
- Warum liegt die „Eckrente“ West bei 1066 Euro, die „Eckrente“ Ost aber nur bei 939 Euro?
- Was bedeuten Äquivalenzprinzip, Solidarausgleich und Umlageverfahren? Diskutiert wurden Alternativen der LINKEN, die in einer bis 2010 reichenden Kampagne in die Öffentlichkeit gebracht und zu den Hauptthemen des Bundestagswahlkampfes gehören werden – auf jeden Fall mit den Forderungen: gesetzliche Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, Nein zur Anhebung des Rentenalters auf 67 sowie Ja zur Beseitigung der Rentenergerechtigkeit zwischen Ost und West!

In dieser Ausgabe

- Kulturstandort Karlshorst (Seite 2)
- Bund greift Berliner Wohnungsregelung an (Seite 3)
- Eidechsenhotel (Seite 3)
- Die einheitliche Beitragstabelle der LINKEN (Seite 5)
- Ferienzeit ist Lesezeit (Seite 8)



Gefährdeter Konsens

In der Lichtenberger BVV gibt es den Konsens der Demokraten, in keiner Frage mit der NPD gemeinsame Sache zu machen, so zivil oder bürgernah sich deren Vertreter auch gerieren. Dieses Gebot der politischen Hygiene durchzuhalten, hatte die Fraktion der SPD jüngst gewisse Probleme. Genauer gesagt, hatte sich ihr Mitglied Christian Kind extrem(istisch) blenden lassen. Die SPD-Fraktion sah sich deshalb genötigt, in einer Presseerklärung geradzurückzulegen, was Kind verbockt hatte.

Die SPD-Fraktion verurteilte das Abstimmungsverhalten ihres Mitglieds Christian Kind gegenüber einem NPD-Antrag im Haushaltsausschuss am 4. Juni auf das Entschiedenste. Sie sah „in diesem Verhalten ein nicht zu rechtfertigendes Ausscheren aus der geschlossenen Haltung der SPD, jedwede Anträge der NPD abzulehnen, mögen sie auch fallenselbst harmlos daherkommen.“ Kind und SPD nahmen schweren Schaden und versicherten, so etwas werde nicht wieder vorkommen.

Nicht so Pfarrer Albrecht Hoffmann und ein „Ich-will-auch-noch-was-werden“ von der CDU. Für sie war das Befürworten eines NPD-Antrages kein Betriebsunfall, sondern entsprach offensichtlich ihrer rechten Gesinnung, für die sie sich – bisher jedenfalls – nicht entschuldigten. Bleibt nur zu hoffen, dass Pfarrer Hoffmann in der Sommerpause über den Spruch im Schaukasten seiner Malchower Kirche nachdenkt: „Öffne mir die Augen, dass ich sehe“ – dass er sieht, wohin ihn ein Paktieren mit NPD-Extremisten führt.

Martin Walter

1000-Euro-Scheck

Am 30. Juni bekam die Kita „Sonnenhof“ in der Archenholdstraße Besuch. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Europaabgeordnete der LINKEN, übergab eine 1000-Euro-Spende. Das Geld ist für die neue Außenspielanlage der Kita sowie für neues Spielzeug für Kinderferienlager in den Sommerferien bestimmt.

Hintergrund dieser Spende ist die zum Jahresbeginn erfolgte Diätenerhöhung für Bundestags- und Europaabgeordnete. DIE LINKE war nicht nur entschieden dagegen aufgetreten, ihre Abgeordneten verpflichteten sich zugleich, ihre Diätenerhöhung an diejenigen zu spenden, die Unterstützung gut gebrauchen können. Sylvia-Yvonne Kaufmann

entschied, das Geld an Kinder- und Jugendprojekte zu spenden.

Drei Tage vor ihrem Besuch in der „Sonnenhof“-Kita hat Sylvia-Yvonne Kaufmann in Leipzig dem soziokulturellen Zentrum „Die Villa“ ebenfalls 1000 Euro übergeben, denn sie ist nicht nur Europaabgeordnete ihrer Heimatstadt Berlin, sie nimmt für DIE LINKE auch die Belange der Wählerinnen und Wähler im Freistaat Sachsen wahr.

Ulrich Lamberz

Scheckübergabe in der Kita „Sonnenhof“: Kerstin Unger von KVB-Ferienreisen, Silvia Schulz, Leiterin der Kita, Norbert Unger von der Kindervereinigung Berlin e. V. nehmen den Spendenscheck von Sylvia-Yvonne Kaufmann entgegen (v. l. n. r.).



Foto: Büro Kaufmann

Kulturbeschlüsse

Zur Zukunft des Kulturhauses Karlshorst und zum Regionalstandort Lichtenberg/Süd der Schostakowitsch-Musikschule fasste das Bezirksamt auf seiner Sitzung am 17. Juni wichtige Beschlüsse.

Die Sanierung beider Einrichtungen am derzeitigen Standort kostet Millionen, die der Bezirk aber nicht hat. Deshalb favorisiert das Bezirksamt Lösungen, die dem Kulturhaus und der Schostakowitsch-Musikschule in Lichtenberg Süd eine solide Perspektive geben:

1. Das marode Kulturhaus in der Treskowallee wird durch einen Neubau ersetzt – mit Gewerbe- und Büroräumen sowie Flächen für eine Kulturhausnutzung. Neben Atelier- und Probenräumen wird das Kulturhaus dann auch über einen multifunktionalen Saal mit moderner Technik verfügen.

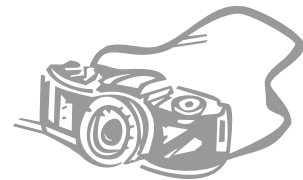
2. Ein neuer Regionalstandort der Schostakowitsch-Musikschule soll im Theater Karlshorst entstehen. Die HOWOGE gewährleistet die Sanierung des Theaters Karlshorst – einschließlich des Umbaus der Räume für einen Musikunterricht auf hohem Niveau –, langfristig wirtschaftliche Mietpreise sowie vertragliche Sicherheiten.

Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten werden die Standorte Dolgenseestraße 60 und Kulturhaus Karlshorst aufgegeben und im Theater Karlshorst zu einem zentralen Standort zusammengeführt. Das sanierte Theater wird der Musikschule neue Möglichkeiten bieten, die Ensemble- und Orchesterarbeit wesentlich zu verbessern. Kooperationen und Synergieeffekte stellen zudem Voraussetzungen für eine völlig neue Musikschulentwicklung in Lichtenberg bereit, die über die Bezirksgrenzen hinaus ihresgleichen sucht.

Beide Beschlüsse berücksichtigen Vorschläge der Bürger, das kommunale Kulturhaus Karlshorst am traditionellen Standort zu sichern. Der Einzug der Musikschule in das Theater bewahrt den Kulturstandort von historischer Bedeutung vor dem Leerstand oder gar Abriss. Das denkmalgeschützte Haus ist der erste Theaterneubau nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland, errichtet von der Roten Armee als „Haus der Offiziere“. Seit Mitte der 60er Jahre war das Haus auch für die Öffentlichkeit zugänglich und bot sehr gut besuchte und hochwertige Kultur- und Konzertveranstaltungen an.

Beide Vorhaben dienen dem Ausbau eines komplexen Bildungs- und Kulturstandortes Karlshorst mit vielfältigen Synergien. Die Bezirksverordnetenversammlung hat ihnen auf ihrer Sitzung im Juli zugestimmt.

Katrin Framke, Bezirksstadträtin



Bund greift Berliner Wohnungsregelung für Langzeitarbeitslose an

In Berlin sollen Langzeitarbeitslose so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung und ihrem sozialen Umfeld bleiben können. Deshalb überprüfen die Job-Center erst ein Jahr nach dem Beginn des Hartz-IV-Bezugs die Höhe der Wohnungskosten und können dann, wenn nötig, Kostensenkungen fordern. Zuvor muss sowohl eine Überprüfung der Betriebskosten als auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erfolgen. Das soll Umzüge ausschließen, die teurer sind als die Weiterzahlung der existierenden Miete. Darüber hinaus schützen viele Ausnahmeregelungen – z. B. für Alleinerziehende, Ältere, Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die schon sehr lange in ihrer Wohnung wohnen – vor erzwungenen Umzügen.

In Berlin leben viele Langzeitarbeitslose – rund 600 000 Menschen in etwa 331 000 Bedarfsgemeinschaften. Dennoch gab es im letzten Jahr nur 680 Umzüge. Diese Zahl ist im Verhältnis zu der Zahl der Bedarfsgemeinschaften gering. Jetzt hat der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestags den Bundes-

arbeitsminister aufgefordert, auf Berlin hinzuwirken, die Frist zur Überprüfung der Kosten der Unterkunft zu verkürzen. Der Beschluss erfolgte mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, den Grünen sowie der FDP.

Dabei wurde unterstellt, dass Berlin für die Kosten der Unterkunft 30 Millionen Euro zu viel zahle. Diese Zahl ergibt sich aus Überprüfungen des Berliner Rechnungshofes im Job-Center Friedrichshain-Kreuzberg. Sie wurde auf die ganze Stadt übertragen und hochgerechnet. DIE LINKE hält eine solche Berechnung für unseriös.

Die Ein-Jahres-Übergangsfrist ist sinnvoll. Wir wollen Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit geben, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, wieder eine existenzsichernde Beschäftigung zu finden. Untersuchungen belegen, dass im ersten Jahr des Hartz IV-Bezugs die Chance auf einen Job viel höher ist als danach.

Die Wohnungsregelung halten wir auch stadtentwicklungs- und gesellschaftspolitisch für sehr wichtig. DIE LINKE will die Bevölke-

rungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten und Ausgrenzungen verhindern. Es ist unsinnig, Millionen in Quartiersmanagement und ähnliche Projekte zu stecken, wenn gleichzeitig durch eine restriktivere Wohnungsregelung das Ziel einer gemischten Bevölkerungsstruktur unterlaufen wird.

Deshalb wollen auch wir, dass die Wohnungsregelung überprüft wird. In erster Linie stellt sich dabei aber die Frage, ob die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft angemessen sind und unseren sozial- und stadtentwicklungspolitischen Vorgaben angesichts der enorm gestiegenen Betriebskosten noch entsprechen. Denn schon jetzt ist es so, dass die Richtwerte aus den geltenden „AV Wohnen“ (Ausführungsvorschriften zur Ermittlung angemessener Kosten der Wohnung gemäß § 22 SGB II) nur noch in wenigen Gebieten Berlins ausreichen, dass Hartz-IV-Bezieher Wohnungen neu mieten können.

In Lichtenberg z. B. gelingt das nur noch im Gebiet zwischen Friedrichsfelde-Ost und Alt-Friedrichsfelde (PLZ-Bereich 10315). In allen anderen PLZ-Bereichen Lichtenbergs liegt die durchschnittliche Kaltmiete pro Quadratmeter bereits zum Teil deutlich darüber.

Elke Breitenbach, MdA

Eidechsenhotel

Die Naturschutzstation Malchow kann mit einer „Lotto-Million“ noch in diesem Jahr zahlreiche Vorhaben beginnen. Für „info links“ sprach Norman Wolf mit Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Abgeordnetenhaus, die sich für diese Zuwendung stark gemacht hat.

● **„info links“:** Nach welchem Prinzip werden die Lotto-Gelder verteilt?

● **Carola Bluhm:** Die Lottomittel sind kein Bestandteil des Berliner Haushalts. Daher entscheidet auch nicht das Parlament über deren Verteilung, sondern ein Beirat der Lottostiftung, dem u. a. der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, der CDU-Fraktionsvorsitzender Friedbert Pflüger, Senatorin Heidi Knake-Werner und ich angehören.

Leider hat der Naturschutz nicht eine solche große Lobby wie der Sport oder einige Prestige-Projekte im Westen der Stadt. Deshalb freut es mich umso mehr, dass nun Malchow im Ostteil von der „Lotto-Million“ profitiert.

● **„info links“:** Die Naturschutzstation wird nun in die benachbarte Scheune umziehen können. Warum ist das für die Naturschutzstation notwendig?

● **Carola Bluhm:** Die alten Bauten sind marode und technisch veraltet, heutigen Anforderungen an Pädagogik und Gestaltung nicht mehr gewachsen. Dringend erneuerungsbedürftig ist z. B. das 13 Jahre alte Süßwasser-aquarium für heimische Fische.

● **„info links“:** Mit welchen Argumenten hast Du das Gremium überzeugt, die Naturschutzstation zu fördern?

● **Carola Bluhm:** 35 000 Besucher nutzen jährlich das Angebot der Station – bei freiem Eintritt. Hier wird kontinuierlich Wissen vermittelt, das sonst verloren ginge. Ich denke an die große Vielfalt von heimischen Fischen, Amphibien und Kleinlebewesen.

Während in den großen Aquarien Berlins meist exotische Arten zu sehen sind, wird das geplante Süßwasser-aquarium mit einem Panorama wie im Dom-Aquaré die einheimische Unterwasserwelt in Spree und Dahme zeigen. Die Station hat auch die Aufgabe, den Landschaftsraum Malchow zu bewahren. Das war ein zentrales Argument. Die Naturschutzstation regt mit eigenen Maßnahmen regional-typische Entwicklungen an. Sie verfügt über einen biologisch zertifizierten Landwirtschaftsbetrieb und fördert z. B. durch Artenschutz und Streuobstwiesen eine nachhaltige Umweltbildung.

● **„info links“:** Worauf dürfen sich die Besucher nach der Umgestaltung noch freuen?

● **Carola Bluhm:** Mit dem Umzug in die benachbarte Scheune und dem 52 m² großen Süßwasser-aquarium wird den Besuchern ein wissenschaftliches Begleitprogramm geboten. Geplant ist auch eine Dauerausstellung mit Storchencafé. Dort werden auf einem Monitor Livebilder von einer Videokamera aus dem Nest des hinzugekommenen zweiten Storch-paares übertragen. Außerdem soll ein Erlebnisgarten auf rund 6 000 m² heimische Lebensräume unterschiedlichster Art zeigen. Dazu gehören artenreiche Hecken, Teiche, Storchennest, Trockenmauer, ein Eidechsenhotel sowie ein Vogelbungalow, ein Schmetterlingshaus und Fledermausbett ...

Vorleser gesucht

In Lichtenberger Kitas werden ehrenamtliche Vorleser gesucht. Sie unterstützen damit die Sprachentwicklung der Vorschulkinder.

Interessenten können sich bei Sandra Born (Telefon: 902 96 45 11), Leiterin der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit, melden *J. P.*



Gute Adresse in Sachen Gesundheit



Foto: Joachim Pampel

Wieder auferstanden scheint die Poliklinik „Friedrich Wolf“ am Fennpfuhl zu sein. Von den PDS-Bezirksstadträten Gabriele Majewski und Ellen Homfeld über die Wende als Ärztehaus/Gesundheitszentrum am Fennpfuhl gerettet, wird die Franz-Jacob-Straße 10 erneut zu einer guten Adresse für die medizinische Betreuung im Berliner Osten entwickelt.

„Wir wollen, dass die Ärzte wieder zum Handeln für den Patienten kommen und nicht mehr von der Bürokratie erstickt werden“, sagte Dr. Wolfram Otto, Geschäftsführer der POLIKUM-Gruppe, beim Tag der offenen Tür des neuen Hauses am 4. Juli. Gemeinsam mit dem Immobilieneigentümer investierte sein

Unternehmen etwa 4 Mio. Euro – davon allein 1,5 Mio. für die Gebäudesanierung.

Logopädie, Akustiker, Physiotherapie, Sanitätshaus und Apotheke bleiben integriert, alle Kernfachrichtungen werden doppelt besetzt. Hinzu kommen die Orthopädie, Pulmologie und Gastroenterologie. In zwei bis drei Jahren sollen hier 50 Ärzte – davon bis zu 10 Hausärzte – für die ambulante Versorgung bereitstehen. 150 bis 170 Arbeitsplätze werden an diesem Standort geschaffen. „Anwohner und Patienten werden eine vernetzte Medizin ambulanter Vollversorgung in Anspruch nehmen können“, freute sich Projektleiter Peter Wulff.

Joachim Pampel

Der kleine Unterschied

Berliner Kinder aus Hartz-IV-Haushalten können auf Antrag eine Erstausrüstung für den Schulbeginn erhalten. Dieses beschlossene „Starterpaket“ hat einen Wert von 30 Euro. 50 Euro mit zweckgebundenem Gutschein wollte DIE LINKE allen Kindern, die bei Lernmitteln zahlungsbefreit sind, zukommen lassen. Aber dazu war die SPD nicht zu bewegen.

So bedauert denn auch der Rat der Bürgermeister, dass der Nutzerkreis so begrenzt wird und mit der (bürokratischen) Umsetzung des „Starterpakets“ weitere personelle Belastungen auf die Bezirke zukommen.

Da die von mir angeregte Initiative der LINKEN in der Lichtenberger BVV ohne Gegenstimmen beschlossen wurde, bekommen zumindest in Lichtenberg alle lehrmittelbefreiten Kinder 50 Euro.

Bernd Ludewig,

Bezirksvorstand der LINKEN

Mitmachen, mitfeiern

Zum Hausfest in die Ahrenshooper Straße 5, wo sich auch das Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch befindet, laden die Mieter am Dienstag, dem **26. August** (ab 13 Uhr), ein. Neu in diesem Jahr: Gesine Löttsch fordert zu einem Tischtennis-Turnier heraus. Dem Sieger winkt eine Digitalkamera.

Anmeldungen für das Turnier bitte per Mail an gesine.loetzsch@bundestag.de oder per Telefon unter 22 77 17 87.

Norman Wolf

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Unzureichende Familienhilfe

Die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben für Hilfen zur Erziehung im Bezirk betragen in diesem Jahr etwa 27 Millionen Euro. Das Abgeordnetenhaus hat aber nur 25,054 Millionen bewilligt – zu wenig für eine Vollzeitpflege für Familien für das Jahr 2008.

Jugend im Stadtumbau

Die Geschäftsführung des Gebietsbeirates Neu-Hohenschönhausen unterstützt den Abriss der Sporthalle in der Neubrandenburger Straße. Gleichzeitig will sie die Jugendlichen aus dem „Kontaktladen“ in die Verwirklichung des Mehrgenerationenparks Rüdickenstraße einbeziehen.

Persönliche Website

„Ich bin Hendrikje Klein, und Sie finden hier Aktuelles, Interessantes und Kritisches rund um den Bürgerhaushalt in Lichtenberg.“ So lädt die haushaltspolitische Sprecherin der BVV-Fraktion auf ihrer frisch eingerichteten Website (www.hendrikjeklein.de) ein. Sie ist die zweite Bezirksverordnete der LINKEN, die sich und ihr Arbeitsgebiet mit einer persönlichen Website vorstellt.

Tiere untergebracht

Im II. Quartal wurden bei 839 Einsätzen 1037 Tiere in der Sammelstelle Falkenberg untergebracht. Darunter befanden sich 500 Hunde, 358 Katzen und 179 sonstige Tiere.

Gewerbezuwachs

Im 1. Halbjahr 2008 wurden in Lichtenberg 1330 Gewerbe angemeldet. Damit gibt es 16770 Gewerbebetriebe im Bezirk – 10052 Dienstleistungsbetriebe (ein Plus von 175 Betrieben) und 3665 Handelsbetriebe (plus 25). Ein Viertel der neugegründeten Betriebe wird von Frauen geführt.

Spenden für Maputo

Eine Delegation aus dem 5. Stadtbezirk von Maputo, die im Sommer Lichtenberg besuchte, konnte für einen Computerraum an der Partnerschule des Barnim-Gynasiums 1281 Euro entgegennehmen. Das SANA-Klinikum spendete 750 Euro.

Solidarität weltweit

... und hautnah! Dieses Motto war auf Plakaten im Lichtenberger Ratssaal zu sehen, als am 21. Juni die Jahresversammlung von SODI tagte. Der Solidaritätsdienst International e.V. unterstützt in Osteuropa, in Ost- und Südostasien, in Afrika und Lateinamerika Projekte der Entwicklungsarbeit, die von den Betroffenen mitgetragen werden; hilft den Opfern von Krieg, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen; bekämpft Hunger und Armut. Mehr als 3,2 Millionen Euro aus Spenden und Zuwendungen wurden 2007 für diese Zwecke ausgegeben.

SODI war von Anfang an Mitglied des Aktionsbündnisses Landmine.de und konnte mit Millionen gesammelter Unterschriften zum Verbot dieser Waffen beitragen. Drei Millionen Vietnamesen sind durch Agent Orange geschädigt. Die Konzerne, die es hergestellt haben, lehnen jede Verantwortung und Entschädigung ab. US-Gerichte haben Zivilklagen von Vietnamesen mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen. Nun wurde gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern eine Unterschriftenkampagne eingeleitet, damit endlich die vietnamesischen Opfer angemessen entschädigt werden. (→ Buchtipps Seite 8)

„info links“ ruft seine Leser auf, sich daran zu beteiligen. *Inge Junginger*

Beitragstabelle für die Mitglieder der LINKEN

Mit dem Cottbusser Parteitag gilt für alle Mitglieder der LINKEN die einheitlich von den Dortmunder Parteitagern der WASG und der Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 beschlossene Beitragstabelle.

Nettoeinkommen (alle Angaben €/Monat)		Beitrag
	bis 400	1,50
über 400	bis 500	3,00
über 500	bis 600	5,00
über 600	bis 700	7,00
über 700	bis 800	9,00
über 800	bis 900	12,00
über 900	bis 1000	15,00
über 1000	bis 1100	20,00
über 1100	bis 1300	25,00
über 1300	bis 1500	35,00
über 1500	bis 1700	45,00
über 1700	bis 1900	55,00
über 1900	bis 2100	65,00
über 2100	bis 2300	75,00
über 2300	bis 2500	85,00
Bei mehr als 2500 Euro beträgt der Mitgliedsbeitrag 4% des Nettoeinkommens. Eine Höchstgrenze gibt es nicht.		

Veranstaltungen

- **Donnerstag, 7.8., 11 Uhr**
Ehrung Oscar Ziethens aus Anlass seines 150. Geburtstages; Friedhof Gotlindestraße 60
- **Sonnabend, 9.8., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit der Bezirksbürgermeisterin; Dorffriedhof Gärtnerstraße/Rhinstraße
- **Wochenende, 22. – 24.8.**
Wahlkampfeinsatz in Bayern, Interessenten melden sich bitte in der Geschäftsstelle der LINKEN (Telefon: 512 20 47)
- **Montag, 25.8., 18 Uhr**
„Kriegsächtung – aktuell und lebensnotwendig“, 44. Berliner Friedensgespräch anlässlich des 80. Jahrestages des Kriegsächtungsvertrages („Briand-Kellogg-Pakt“); Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
- **Dienstag, 26.8., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Mittwoch, 27.8., 14 Uhr**
Sommerfest des KITA-Eigenbetriebes; Römerweg 106 – 112
- **Sonnabend, 30.8., 12 Uhr**
Mieterfest der Wohnungsbaugesellschaft PRIMA; Stadtpark Parkaue
- **Sonntag, 31.8., 9 Uhr**
16. Friedrichsfelder Gartenlauf; Kleingartenanlage „Märkische Aue“, Schwarzmeerstraße, Friedrichsfelde

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Und im Freien?

Noch selten ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit solcher Spannung erwartet worden wie das zu drei Klagen gegen das Rauchverbot für Eckkneipen in Berlin und Baden-Württemberg. Ging es doch nicht um irgendwelche Spitzfindigkeiten in der höheren Politik, sondern um etwas, wovon sich Millionen von Bundesbürgern aller Altersgruppen, Klassen und Schichten unmittelbar betroffen fühlten. Die einen erhofften sich eine Bestätigung des radikalen Nichtraucherschutzes, andere die Lockerung solcher Maßnahmen.

Schon am Tag der Urteilsverkündung widmeten Zeitungen wie die „Berliner Morgenpost“, „die tageszeitung“ und selbst das „Neue Deutschland“ dieser Frage ganze Seiten. Die Reaktion auf das dann veröffentlichte Urteil war vorwiegend positiv. Das „ND“ titelte: „Aufatmen in der Eckkneipe“.

Für „Trinkkneipen“ in einem Raum mit höchstens 75 Quadratmetern Bodenfläche ist das Rauchen vorläufig wieder gestattet. Allerdings haben nur Volljährige Zutritt. So weit so gut. Der nichtrauchende Durchschnittsbürger

verläuft sich ohnehin kaum jemals in derartige Lokalitäten.

Nur ist das Problem damit noch keineswegs aus der Welt. Denn die Körperverletzung durch passives Mitrauchen erfolgt ja nicht nur in geschlossenen Räumen. Obwohl auch hier unabhängig von allen Gesetzen noch so manches im Argen liegt. Man denke nur an sogenannte Geschäftsstellen. Auch linke. Unter den regelmäßigen Besuchern sind sicher nicht wenige überzeugte Nichtraucher, die sich schon durch Tabakgeruch zu Recht beeinträchtigt fühlen.

Was aber geschieht im Freien – an der angeblich frischen Luft? Nicht nur in Großstädten, in beliebigen menschlichen Ansiedlungen kommt es immer wieder zu Ansammlungen anlässlich politischer oder sportlicher „Events“? Und was erlebt man da? Ohne Rücksicht auf die dicht gedrängten Nachbarn frönen Raucher ihrer Sucht. Und wo landen die Kippen? Einfach auf dem Boden. Egal, woraus dieser besteht.

Dieser bisher offenbar völlig ignorierten Problematik sollte sich eigentlich wenigstens die LINKE einmal annehmen. *R. Löttsch*

Bürgerhaushalt für Mitmacher

DIE LINKE versteht sich als Partei für den Alltag. Den will sie aktiv mitgestalten; in Lichtenberg zum Beispiel durch das Mitwirken im Bürgerhaushalt 2010. Dazu sind folgende öffentliche Mitgliederversammlungen geplant:

- **Freitag, 29.8., 18 Uhr**
Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz
- **Montag, 1.9., 19 Uhr**
Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee
- **Mittwoch, 3.9., 18.30 Uhr**
Nachbarschaftshaus am Berl
- **Mittwoch, 10.9., 18.30 Uhr**
WBG Humboldt-Uni, Warnitzer Straße
- **Mittwoch, 17.9., 18 Uhr**
Kinderhaus, Neustrelitzer Straße

W. Schmidt

Was ist prima für das Klima?

Von Marion Platta, MdA



Foto: privat

Als Folgeveranstaltung der bundesweiten Klimakonferenz der LINKEN hatten DIE LINKE Berlin und deren „AG Umwelt“ am 7. Juni zu einer Tagung „Klimaschutz – linke Perspektiven für die Zukunft Berlins“ eingeladen. Ziel war von Anfang an die Verständigung über mögliche Alternativen für einen nachhaltigen Klimaschutz, denn nur mit überzeugenden Konzepten können wir Einfluss auf das Denken und Handeln der LINKEN und ihrer Sympathisanten nehmen. Unter dieser Prämisse konnten zahlreiche und namhafte Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, aus Verbänden und Vereinen sowie den Medien für Referate bzw. die Diskussionsleitung gewonnen werden.

Trotz sommerlicher Temperaturen und der Fußball-EM kamen mehr als 110 Interessierte, darunter auch aus Bremen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Kein Klimakiller Klingenberg

Ein aktueller Anlass und besonders prägend für die inhaltliche Gestaltung der Tagung war der von Vattenfall geplante Neubau eines Steinkohle-Kraftwerks in Rummelsburg. Alle Beteiligten lehnten diesen Kraftwerksneubau ab, insbesondere wegen der Klimaschädlichkeit, der fehlenden technologischen Voraussetzungen für die Speicherung von abgespal-

Marion Platta macht es vor: Klimaschutz fängt ganz einfach an, zum Beispiel mit der Pflege von Bäumen im Wohngebiet.

tenem Kohlendioxid und der geplanten Überkapazitäten für den Berliner Bedarf.

Bei den Diskussionen in den Fachforen zum Klimawandel wurde hingegen klar, dass die Themen wie „Wege zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien“, „Konzepte für energetische Gebäudesanierung“, „Naturschutz als städtische Herausforderung“, „Verbraucherverhalten“ und „Nachhaltige Bildung“ richtig gewählt wurden. Denn hier liegen die Möglichkeiten zum Umsteuern in der Gesellschaft und bei jedem Einzelnen.

Politik in Verantwortung

In ihren Referaten „Klimaschutz kontra Lebensqualität?“ und „Berlin wird Kompetenzzentrum für Zukunftstechnologie“ gingen die Senatsmitglieder der LINKEN Katrin Lompscher (verantwortlich für die Umweltpolitik) und Harald Wolf (verantwortlich für die Wirtschaftspolitik) auf geplante Maßnahmen in ihren Verantwortungsbereichen ein.

Durch die neuen Bundesgesetze werden wirksamere Energieeinsparmaßnahmen bei der Gebäudesanierung möglich; ein neues Berliner Energieeinspargesetz soll entspre-

chende Maßnahmen bei Neubau und Bestand sichern. Mit „Clean Energy“ soll ein weiteres Kompetenzfeld der Berliner Wirtschaft entwickelt werden, was neue Arbeitsplätze schafft. Das auf der Konferenz angekündigte Klimapolitische Arbeitsprogramm des Senats wurde inzwischen verabschiedet.

Klimapolitik beginnt im Kopf

Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN in Berlin, machte als Schlussredner noch einmal deutlich, dass die nötigen Konsequenzen aus dem Klimawandel längst noch nicht in allen Köpfen angekommen sind. Für DIE LINKE sei es wichtig, dass in der Öffentlichkeit wie in den eigenen Reihen das konsequente Umdenken und bewusste Handeln eine stärkere Rolle spielen.

Die Lösung der Zukunftsfragen ist mit dem sozial-ökologischen Umbau verbunden, deshalb werden wir uns auch in der Abgeordnetenhausfraktion mit weiteren Anreizmodellen zum Energiesparen, der Schaffung eines Fonds zum Kauf von energiesparenden Haushaltsgeräten für sozial Schwache oder verbrauchsabhängigen Stufenmodellen bei Energietarifen intensiver befassen.

Die Ergebnisse dieser Tagung der LINKEN Berlin zum Klimawandel werden mit den von den Experten vorgestellten Entwicklungen und Konzepten dokumentiert und geben weitere Anregungen zum Handeln – und Folgeveranstaltungen werden geplant.

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, im August nach Vereinbarung
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 21. August, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D (Fennpfuhl)
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, im August nach Vereinbarung
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 3. September, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, im August nach Vereinbarung

Gern kommen wir auch in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

288,4 Mrd. Euro

Von Gesine Löttsch, MdB

Als sich die meisten Abgeordneten bereits in die Sommerpause verabschiedet hatten, traf sich der Haushaltsausschuss des Bundestages zu einer Sondersitzung. Finanzminister Steinbrück hatte soeben den Haushaltsentwurf von 288,4 Milliarden Euro durch das Kabinett gebracht und präsentierte freudestrahlend sein Zahlenwerk. Als seine größte Leistung pries Steinbrück, 2011 keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen. 2009 sollen allerdings noch 10,5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht werden. Dabei könnte der Bund schon jetzt auf neue Kredite verzichten, wenn er nicht die Unternehmen fürstlich subventionieren würde. Die Unternehmenssteuerreform kostet die Allgemeinheit 10 Milliarden Euro. Die Subventionierung der Löhne – 9 Milliarden Euro für „Aufstocker“ – entlastet die Unternehmen um weitere Milliarden.

Gute Sozialpolitik?

Wenn ich die unsoziale Politik der Bundesregierung kritisiere, halten mir Vertreter der Großen Koalition gern entgegen: Der größte Einzelhaushalt mit 123,5 Milliarden ist der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Das sei doch der beste Beweis für eine soziale Politik.

Ich halte diese Argumentation für falsch. Der Staat ist dafür zuständig, Rahmenbedingungen zu setzen. Statt gerechte und vernünftige Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt zu setzen, nahm Rot-Grün eine Kannibalisierung des Arbeitsmarktes billigend in Kauf. Die schwarz-rote Regierung setzt diese Politik fort.

Eine der wichtigsten politischen Forderungen, die wir erheben, ist die nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. In unserem Nachbarland Frankreich unter einem Präsidenten Sarkozy ist der gesetzliche Mindestlohn gerade auf 8,71 Euro pro Stunde erhöht worden. Und niemand wird Sarkozy für einen Sozialisten halten.

Mindestlohn entlastet Haushalt

In erster Linie geht es der LINKEN bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn um die Würde des Einzelnen. Von Arbeit muss man leben können. Wer arbeitet, darf nicht zum Bittsteller werden. Es geht uns aber auch um die Kosten für die Allgemeinheit. Trotz steigender Zahl von Arbeitsplätzen nimmt gleichzeitig die Zahl der „Aufstocker“ zu. Ein großer Teil der Leiharbeiter muss aufstocken.

Die Unternehmen maximieren ihren Profit direkt durch Ausbeutung ihrer Angestellten und indirekt durch die Umverteilung über die öffentlichen Haushalte. Allein im vergangenen Jahr war die Summe, die „Aufstockern“ gezahlt wurde, so groß wie der gesamte Haushalt für Bildung und Forschung.

Zuschlag für die Rüstung

Der Verteidigungsminister kann sich freuen: Sein Etat wächst auf deutlich über 30 Milliarden. Dass mit dem Jahr 2009 der Wehrsold Ost endlich auf Westniveau angehoben wird, ist überfällig und wird von uns auch nicht kritisiert. Wir wollen aber, dass sich die Bundeswehr endlich wieder auf die Aufgaben der Landesverteidigung beschränkt und den verheerenden und endlosen Einsatz in Afghanistan endlich beendet. Statt des Umstiegs in eine wirkungsvolle und nachhaltige zivile Unterstützung plant die Bundesregierung hingegen, noch 1000 weitere Soldaten in einen gefährlichen Krieg zu schicken.

Zukunftsinvestitionen nötig

Die Summe der Investitionen ist niedriger als der Rüstungsetat. Das allein ist schon ein Skandal. Dabei brauchen wir dringend öffentliche Investitionen: im Bereich von Bildung und Forschung, bei der Kinderbetreuung und ganz dringend für die Krankenhäuser. Hier liegen entscheidende Zukunfts- und soziale Fragen. Wir wollen diese Investitionen auf zwei Wegen erreichen: Zum einen muss ent-

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● Sprechstunde:

im August nach Vereinbarung,
4. September, 17 Uhr, Bürgerbüro
(bitte anmelden!),
und nach Vereinbarung

Die in Lichtenberg wohnenden Europaabgeordneten bieten Termine nach Vereinbarung an: **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** (Europabüro Unter den Linden 50, 10117 Berlin, ☎ 2277 1406); **Sahra Wagenknecht** (Europabüro Krossener Straße 9, 10245 Berlin, ☎ 2123 8998).

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

sprechend den tatsächlichen Prioritäten im Haushalt deutlich umverteilt und zum anderen muss das Steuersystem gerecht gestaltet werden. Inzwischen hat selbst die Bundesregierung zugegeben, dass wir unter dem europäischen Durchschnitt bei den Steuereinnahmen liegen. Ende November wird der Haushalt verabschiedet. Wir als LINKE werden alles dafür tun, Veränderungen im Sinne von Vernunft und Gerechtigkeit zu erreichen.



Foto: Büro Löttsch

Gesine Löttsch begrüßt die ersten Gäste zum Sommerempfang der Lichtenberger LINKEN am Freitag, dem 13. Juni. Das Datum aber stand einem fröhlichen Fest bei Sonnenschein, mit vielen Diskussionen und tänzerischen Darbietungen nicht im Wege.



Buchtipps



Solidarität gestern und heute

Der Solidaritätsdienst international e.V. (SODI), Rechtsnachfolger des DDR-Solidaritätskomitees, hat einen Neuanfang in der Soliarbeit gewagt. Heute stehen Minen- und Blindgängerräumung in Vietnam, Brunnenbau in Kambodscha, die Errichtung neuer Schulen in den Bergdörfern von Laos, die Unterstützung des Befreiungskampfes in Mosambik und der Aufbau neuer Häuser in Namibia im Mittelpunkt der Initiativen.

Ilona Schleicher schildert sachlich, aber engagiert ihre Arbeit als Projektleiterin in diesen Ländern. SODI ist inzwischen weltweit anerkannt und erfährt Unterstützung von Ministerien und der EU. *Franz-Karl Hitze*

- Ilona Schleicher: **„Solidarität – gestern und heute“**, Eigenverlag: Verband für internationale Politik und Völkerrecht e.V. 2008, Heft 18 der „Blauen Reihe“, 116 Seiten, Bestellung per E-Mail: VorstandVIP@aol.com, 5 €

Der gekaufte Staat

„Was die beiden Autoren in ihrem Buch an politischen Unappetitlichkeiten zutage fördern, lässt den Leser schaudern!“ (*Deutschlandradio*). Sascha Adamek und Kim Otto haben den Einfluss der Konzerne heute untersucht: Warum dürfen Konzernvertreter in Ministerien und in der EU-Kommission arbeiten? Warum nimmt der Fluglärm zu? Warum werden Strom und Gas immer teurer? Warum wissen wir nicht, wie viel Gift in unserer Kleidung ist? Warum wurde die Lkw-Maut zum Desaster?

Ihre Recherchen stießen auf teils heftigen Widerstand. Warum? Am Ende des Buches weiß man das und manches mehr.

Die Autoren weisen akribisch nach, dass die Wirtschaft längst sie betreffende Gesetze mitschreibt. Ihrem Fazit „Lobbyismus war gestern. Die deutsche Politik ist längst unterwandert“, muss man – leider – zustimmen. *Inge Uesseler*

- Sascha Adamek/Kim Otto: **„Der gekaufte Staat“**, Kiepenheuer & Witsch 2008, 232 Seiten, 19,90 €, ISBN 978-3-462-03977-1

Lebendige Revolution

Wird die kubanische Revolution überleben? Oder wird es den USA doch gelingen, sich der Karibikinsel zu bemächtigen?

Heinz Langer, ehemaliger Botschafter, kennt Lateinamerika und vor allem Kuba von Grund auf. Mit vielen Fakten weist er nach, woher die kubanische Revolution ihre Kraft schöpft und wie sie lebendig blieb. Er schildert den erbitterten, aber vergeblichen Kampf der Supermacht USA gegen die Revolution, berichtet über die sozialistische Demokratie, über die Wirtschaftsentwicklung nach 1990, über die Lebenslage der Bevölkerung, über Sozial- und Außenpolitik. Langer zeigt ein erstarktes Kuba, das eine bedeutende Rolle in Lateinamerika spielt. Wer von Kuba redet, sollte also die europäische Brille ablegen und von der Realität Kenntnis nehmen. Ein interessantes Buch, das Hoffnung macht.

Leider mindern zahlreiche Druckfehler und ein schwer lesbarer Text seinen Wert. *Inge Junginger*

- Heinz Langer: **„Kuba – die lebendige Revolution“**, Verlag Wiljo Heinen, Böklund 2007, 272 Seiten, 12 €, ISBN 978-3-939828-06-8

Kultur im Bezirk

- **Donnerstag, 28.8., 19 Uhr**
„eben“, Rudolf Brökel liest Gedichte; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13, Nähe S- und U-Bhf. Frankfurter Allee
- **Wochenende, 29.8. – 31.8.**
2. Wasserfest in der Rummelsburger Bucht, alle Infos unter 982 71 24 oder im Internet www.diekappe.de
- **Sonnabend, 30.8., 18 – 2 Uhr**
„Lange Nacht der Museen“, Manfred Miersch, Klangkonstruktion; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60, Karten unter: 970 06 18
- **Aktuelle Ausstellungen**
→ „Fußball – Deutschland und seine Europameister“; Museum Lichtenberg im Stadthaus, 8.8. – 12.9., Türschmidtstraße 24, geöffnet: Di. – Fr. sowie So. 11 – 18 Uhr, Nähe S-Bhf. Nöldnerplatz
→ „Katzen und Anderes“, Regine Röder-Ensikat; Galerie OstArt, 8.8. – 11.9., geöffnet: Di. – Fr. 10 – 15 Uhr sowie Sa. 13 – 17 Uhr, Giselastraße 12
→ „Licht – Raum – Struktur“, Fotografie/Grafik von Maria Jauregui Ponte und Georg Bothe; Kulturhaus Karlsruhorst, Eröffnung: Dienstag, 19.8., 19 Uhr (noch bis 30.9.), Treskowallee 112
→ Skulpturen und Zeichnungen von Dorothe Maroske; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Eröffnung: Mittwoch, 20.8., 19 Uhr, (noch bis 24.9.)
→ „Lebendige Linien – Kunst in Erinnerung an die Großeltern“, Zeichnungen von Charlotte Loewenherz Hart (USA); Studio im Hochhaus (noch bis Sonntag, 24.8.) geöffnet: Mo. – Do. 11 – 19 Uhr, Fr. 11 – 16 Uhr, So. 14 – 18 Uhr, Zingster Straße 25
→ „Blattgestöber – Lyrik, Prosa, Grafik“, Buchprojekt von Autoren und Grafikern; KULTSchule, 20.8. – 4.10., geöffnet: Mo. – Do. 10 – 18 Uhr, Fr. 10 – 14 Uhr, Sewanstraße 43

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 6/08: 30.8.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 7/08:

Mittwoch, 13.8., und 27.8., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 22.8.

Die nächste Ausgabe erscheint am 4.9.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Internationales Studium

Die Moskauer Humanistische Universität und die Alice-Salomon-Hochschule Berlin bieten gemeinsam einen Studiengang „Interkulturelle Sozialarbeit“ an. Nach drei Semestern in Moskau und Berlin erhalten die Studenten von beiden Hochschulen den akademischen Grad „Master of Arts“.

Prof. Dr. Jürgen Nowak

- **Alle Infos** unter www.asfh-berlin.de